Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7½ fgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 fgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 35. Sonntag den 11. Februar. 1849.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 11. v. M. in der Posener Zeitung Nr. 16. und im Amtsblatte Nro. 4., werden die Interessenten der freiwilligen 5% Staatsanleihe, welche im Besitze der Empfangsbescheinigungen bis Nr. 900. incl. sich befinden, benachrichtigt, daß die ihnen zustehenden Valuten in Schuldverschreibungen und baarem Gelde, bei unserer Hauptkasse zur Ausgabe bereit liegen, und in den Dienststunden, Vormittags von 8 bis 1 Uhr, werden verabfolgt werden.

Mit den obigen Nummern, welche diejenigen der ersten baare Einzahlung sind, stehen in Verbindung die Scheine über die, von einzelnen Interessenten geleisteten späteren Nachzahlungen, so wie die Werthbescheinigungen über Gold- und Silber-Geräthe.

Mit Versendungen an Auswärtige kann die Haupt-Kasse sich nicht befassen, sie wird sich dazu der Vermittelung der Kreis-Kassen bedienen. Auswärtige werden wiederholt aufmerksam gemacht, ihre Scheine nur erst einzusenden, wenn die Nummern der Letzteren vorher aufgerufen worden sind.

Posen, den 10. Februar 1849.

Königl. Regierung.

Inland.

Wahlen für die zweite Kammer.

Provinz Preußen.

Insterburg: Justiz-Kommissarius Otto Schwarz, demokratisch; Land- und Stadtgerichtsrath Sperling, konstitutionell.

Provinz Posen.

Polnische zu demarkirende Theile der Kreise Kosten, Schrimm und Schroda: Graf Poninski zu Wreschen, konstitutionell; Bauer Palacz in Gorczin, demokratisch. — Kreis Mogilno und Inowraclaw: Dr. Piegsa und Propst Kaleski. — Kreis Gnesen (Theil) und Wongrowiec: Dr. Liebelt und Geistlicher Janiszewski.

C.C. Berlin, den 8. Februar. Jemehr die Nachrichten über den Ausfall der Wahlen in den Provinzen sich häufen, um so schroffer tritt der Widerspruch hervor, in welchen die Hauptstadt zu der Majorität im Lande sich gestellt hat. Es läßt sich mit größter Bestimmtheit vorhersehen, daß mindestens zwei Drittheile der Wahlen im Lande conservativ oder, wenn man das Wort lieber hört, konstitutionell ausgefallen sind; nur in wenigen größeren Städten hat man es der Hauptstadt gleich gemacht und einem Berg, einem Krackrügge, einem Stein und v. Kirchmann seine Stimme gegeben. Das gesammte übrige Land hat durch seine Wahlen erklärt, daß es die Schritte und Maßnahmen der Regierung billigt, daß es gesonnen ist, mit der Regierung auf dem gegebenen konstitutionellen Boden jenes Gebäude der Freiheit und Gesetzlichkeit weiter zu bauen und zu vollenden, welches nothwendig ist, um ein starkes und achtunggebietendes Preußen und durch dieses ein kräftiges und geehrtes Deutschland hinzustellen. — Bei der Annullirung der 5 Urwahlen der 167. Wahlabtheilung am Tage der Abgeordnetenwahl hat sich Dr. Virchow ganz besonders bemerklich gemacht. Wie wichtig es aber ist, daß bei den Urwahlen keine Ungehörigkeiten vorkommen, geht daraus hervor, daß keine gesetzlichen Vorschriften bestehen, wonach bei ungültig gemachten Urwahlen neue angeordnet werden. Die 167. Wahlabtheilung wird demnach für die Dauer der 2. Kammer ohne Vertretung bleiben.

Berlin, den 7. Febr. (Nat.-Ztg.) Die hiesigen 125 Wahlmänner zur ersten Kammer, welche in zwei größere Wahlbezirke eingetheilt waren, haben sich vereinigt und halten in dem großen Saale der Gewerbschule ihre Vorversammlungen ab. Der geheime Ober-Revisions-Rath Jonas leitet dieselben als Vorsitzer. Die Sitzungen sind geheim und es werden zu denselben nicht einmal Berichterstatter für die Zeitungen zugelassen. Man hat beschlossen: „die Deputirten nur aus Berlin zu wählen und zwar Männer, welche mit der Politik der Neuzeit fortgeschritten und in den Geist derselben eingedrungen seien." Unter den zwanzig aufgestellten Kandidaten, welche bisher vor den Wahlmännern aufgetreten sind, sind folgende auf eine engere Liste gestellt worden: Oberst Lieutenant von Griesheim, Geheime Rath Dieterici, Geheime Kommerzien-Rath Beer, Graf Redern, Professor Stahl, Kriegsminister von Strotha, Minister von Ladenberg und General-Steuer-Direktor Kühne. Die meisten Aussichten auf eine Wahl sollen die drei erstgenannten Kandidaten haben.

— In unserm Cabinet herrscht jetzt eine sehr rege Thätigkeit, die, wie es scheint, nicht bloß durch den nahen Zusammentritt der Kammern bedingt ist; vielmehr ist man überzeugt, daß jene Regsamkeit zum großen Theil den auswärtigen Verhältnissen gilt, die nicht bloß durch die Deutsche Frage ziemlich verwickelt geworden sind. Die Aufmerksamkeit, welche unsere Regierung, durch die Europäische Stellung Preußens dazu gezwungen, allen Europäischen Fragen zuwendet, ist jetzt durch gewisse Nachrichten auf die Ungarischen Verhältnisse hingelenkt worden. Die dem Gouvernement auf anderem Wege gewordenen Mittheilungen stechen merkwürdig von den offiziellen Oesterreichs ab; nach ihnen sind die Siege Oesterreichs ungleich weniger erfolgreich, als uns die Oesterreichischen Bülletins gern glauben machten.

— Heute kommen zwei literarische Prozesse zur Verhandlung, der eine wegen der in einer Nummer zur Probe ausgegebenen Zeitung „Der blaue Montag", der andere in Betreff einer Carricatur, die der Staatsanwalt als den Prinzen von Preußen angehend ansieht.

— Das „Corresp.-Büreau" bemerkt: Der vorgestern als Verfasser der „Enthüllungen" enthüllte Privatschreiber Wilh. Piersig ist, wie sich aus den Akten des hiesigen Criminalgerichts ergiebt, ein schon dreimal bestraftes Individuum, so unter andern auch einmal wegen Betrugs durch Fälschung mit 3 Jahren Festung belegt. Das ist also der Mann, der an der Spitze des Vereins zur Wahrung der Interessen der Provinzen steht, der revolutionäre Gelüste mit Feuer und Schwert bekämpft und selbst praktischen Kommunismus treibt. Schlimm muß es aber um eine Sache stehen, die, und wenn auch wie hier nur vorgeschoben, solche Vertreter findet; hoffentlich wachsen übrigens Hrn. Piersig die Prozesse zu sehr über den Kopf und er enthüllt den wahren Enthüller, den wir im Voraus wegen der schlechten Gesellschaft, in die er gerathen, bedauern.

— Das bereits vor Jahr und Tag gehegte Projekt der Uniformirung der Justizbeamten, namentlich derjenigen, welche fortwährend mit dem Publikum in Berührung kommen, tauchte bei Einführung der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit in der Rechtspflege wieder auf, und man wollte sogar schon wissen, daß die bei öffentlichen Gerichtsverhandlungen fungirenden Gerichtspersonen mit Talar und Baret nach französischem Vorbilde bekleidet werden würden. Auch für die uns nächstens bevorstehenden Verhandlungen der Schwurgerichte soll die Uniformirungsfrage wiederum bei den höheren Justizbehörden angeregt worden sein, indeß soll man sich allgemein dagegen entschieden haben, weil man der Ansicht ist, daß dergleichen Aeußerlichkeiten den zu Gericht sitzenden Beamten nicht mehr Würde verleihen, als die im Sittlichkeitsgefühl des Volks wurzelnde Achtung von den Richtern überhaupt. Es werden daher auch bei den Schwurgerichten Geschworne, Richter und alle übrigen dabei beschäftigten Beamten in einfacher schwarzer Kleidung erscheinen.

— Die hier schon seit dem Jahre 1839 bestehende Polytechnische Gesellschaft, eine Vereinigung von Technikern, Gewerbetreibenden und Gewerbefreunden, welche sich um Belehrung des Gewerbestandes und um Förderung seiner Interessen manches Verdienst erworben, hat jetzt unter Genehmigung der neu entworfenen Statuten durch königl. Kabinetsordre behufs Erwerbung von Grundstücken und Kapitalien Korporationsrechte bewilligt erhalten. —

Danzig, den 5. Febr. Dowiat, früher erster Prediger der Deutsch-Katholischen Gemeinde in Danzig, ist vorgestern zu uns zurückgekehrt, doch nur um auf dem Fort Weichselmünde seine sechsjährige Freiheitsstrafe, wegen Aufstiftung von Aufruhr und Betheiligung bei demselben, abzubüßen. Der mit ihm zugleich ordinirte zweite Prediger Rudolph ist schon vor längerer Zeit in den Schooß der orthodoxen katholischen Mutterkirche zurückgekehrt.

Halle, den 8. Februar. Ueber die wegen Aufruhr im Novemb. v. J. zur Haft gebrachten Demokraten, ist das Urtheil erster Instanz von dem Criminalsenat in Naumburg gefällt worden. Es sind verurtheilt: 1) Weinhändler Rawald, wegen Anreizung zum Aufruhr und Majestätsbeleidigung, zu sechsjährigem Festungsarrest, Verlust der Gewerbsconcession und Nationalcocarde; 2) Lehrer Weißgerber, wegen Anreizung zum Aufruhr, mit Entsetzung der Stelle, Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, zweijähriger Einstellung in eine Strafsection, Verlust der Nationalcocarde und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; 3) Fischer, Führer des Landsturmcorps, wegen Theilnahme an bewaffnetem Aufruhr mit acht Jahr Zuchthaus; 4) Steindrucker Hambusch aus demselben Grunde zu acht Jahr Zuchthaus; 5) Eberhardt sen. aus demselben Grunde zu vier Jahr Zuchthaus; 6) Eberhardt jun. aus demselben Grunde zu vier Jahr Zuchthaus; 7) Pfennigsdorf aus demselben Grunde zu sechsjähriger Einstellung in eine Strafsection und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; 8) Handarbeiter Schreiber aus demselben Grunde zu fünf Jahr Zuchthaus. Den unter 3 bis 8 Genannten ist außerdem ebenfalls das Recht zur Tragung der Preußischen Nationalcocarde aberkannt. Sämmtliche Angeklagte haben das Rechtsmittel der Appellation eingelegt.

Aachen, den 6. Februar. Der Anklage-Senat zu Köln hat gestern 60 derjenigen, welche sich an den hiesigen Unruhen des vorigen Jahres betheiligt hatten, vor die Assisen verwiesen, 5 außer Verfolgung gesetzt. Von diesen 60 sind etwa noch 30 in Untersuchungshaft.

Schwerin, den 6. Februar. In der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde ein Antrag des Abgeordneten Richter, nur diejenigen Gesetze als gültig anzuerkennen, welche entweder die Frankfurter Versammlung ganz unabhängig gegeben, oder mit Fürsten und Volksvertretung vereinbart hätte, mit 62 gegen 21 Stimmen angenommen.

Dresden, den 6. Februar. In ihrer heutigen Sitzung trat die erste Kammer dem Tzschirnerschen Antrage, daß sich die Staatsregierung im Sinne der Kammern in der Oberhauptsfrage aussprechen möge, einstimmig bei.

Frankfurt a. M., den 5. Febr. Der Preußische Gesandte in London, Herr Bunsen, welcher bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London die provisorische Centralgewalt vertreten wird, steht im Begriffe, von hier abzureisen. Die Instruktionen, welche Herr Bunsen erhalten, entsprechen natürlich der Absicht der Centralgewalt, den Frieden mit Dänemark abzuschließen, ohne die Interessen der Herzogthümer zu benachtheiligen und der Würde Deutschlands zu nahe zu treten. Die Instruktionen lauten demzufolge für die Selbstständigkeit Schleswigs in Unzertrennlichkeit von Holstein. Ist in dieser Hauptfrage ein Verständniß erfolgt, so werden die unterhandelnden Theile nun rascher über alle anderen Punkte zur Einigung gelangen, da der Nothschrei der materiellen Interessen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht zuläßt und schon deshalb eine Prolongation des Waffenstillstandes eintreten würde, müßte das nicht schon wegen der Friedensunterhandlungen geschehen.

— Die O.-P.-A.-Zeitung enthält im amtlichen Theile Folgendes: In Erwägung erstens, daß die auswärtigen Verhältnisse, deren Lage nach den Ereignissen in Frankreich im Februar v. J. am 8. März v. J. die Deutsche Bundesversammlung vermochte, an die Bundesregierungen das Ersuchen zu richten: „zur Sicherstellung des Bedarfs an Pferden bei etwa erforderlich werdender Mobilmachung des einen oder des andern Bundesarmeekorps vorerst die Ausführung von Pferden nach anderen nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten zu untersagen", gegenwärtig keinen Grund zur allgemeinen Fortdauer eines solchen Verbotes darbieten; in Erwägung sodann, daß die landwirthschaftlichen Interessen mehrerer Deutscher Staaten, namentlich Hannovers, Mecklenburgs, Oldenburgs, Luxemburgs, zufolge der Berichte der Regierungen dieser Staaten, welche die Pferdeausfuhr wieder freizusehen wünschen, unter dem Verbote derselben leiden, hat Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser auf den Antrag seines Ministerrathes am 27. Januar 1849 beschlossen, den Regierungen der Deutschen Einzelstaaten kund zu geben, daß die provisorische Centralgewalt für Deutschland in dessen auswärtigen Verhältnissen keinen Grund mehr sehe, ein allgemeines Pferdeausfuhrverbot in den Deutschen Einzelstaaten fortbestehen zu lassen, und daher den Regierungen der Einzelstaaten anheimstelle die von ihnen in Folge des Bundesbeschlusses vom 8. März v. J. erlassenen Verordnungen wieder aufzuheben.

Frankfurt a. M., den 6. Februar. 165ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Berathung des vom Abgeordneten Schubert aus Königsberg Namens des völkerrechtlichen Ausschusses erstatteten Bericht über die definitive Feststellung der Demarkationslinie im Großherzogthum Posen. Vorsitzender: Präsident Simson. Schmidt von Löwenberg begründet seinen präjudiziellen Antrag, daß den Mitgliedern des Hauses erst die Spezialkarte, so wie auch eine Sprachenkarte des Großherzogthums Posen, vorgelegt werde, ehe sie sich über die Abgrenzungslinie zu entscheiden hätten. Zugleich greift er die Linie, die der Versammlung zur Genehmigung vorgeschlagen wird, als eine solche an, die den militairischen Rücksichten ein unbilliges Uebergewicht eingeräumt habe. Schubert von Königsberg, als Berichterstatter des völkerrechtlichen Ausschusses, erklärt: die Spezialkarte, die Herr Schmidt fordert, besteht aus 16 Sektionen derselben Größe, wie die Ihnen vorgelegte Uebersichtskarte. Ungefähr 9 Monate würden nöthig sein, um die verlangte Karte in 600 Exemplaren zu liefern. Die Bevölkerung des Großherzogthums Posen läßt sich nach den Sprachgebieten deshalb nicht genau abscheiden, weil Polen, Deutsche und Juden untermischt durch einander wohnen und nur selten feste und ausgedehnte Sprachmassen bilden. Das beste, das fetteste Land sei das von Gnesen, welches der Polnischen Volksthümlichkeit ausschließlich verbleiben solle. Was den Deutschen Grenzen zugewiesen worden, sei hingegen wesentlich eine Eroberung des Deutschen Fleißes, unfruchtbare Strecken und entwässerten Sümpfen abgewonnenes Land. Dazu habe nicht etwa die blos militairische Rücksicht bei der Abgrenzung den leitenden Gesichtspunkt geboten, sondern überall habe bei der Ermittelung der Linie zugleich die Civilbehörde mitgewirkt. Die Zahlenverhältnisse der Bevölkerung seien aus den früheren Vorlagen an den Bundestag und an die National-Versammlung, nach der Preußischen Aufnahme von 1846, in vollständiger Deutlichkeit zu entnehmen. Es steht mithin nach der Meinung des Berichterstatters durchaus kein Hinderniß entgegen, wenn die Versammlung, ihrem Beschlusse vom 27. Juli gemäß, heute Entscheidung über die durch Sachverständige ermittelte Grenzlinie fasse.

Schmidt erklärt, der Reichskommissär habe sich nur 10 Tage in Posen aufgehalten, eine zu gründlicher Kenntnißnahme durchaus zu kurze Zeit. Ganz empört nennt der Redner die Zumuthung, auf so ungenügende Vorlagen hin urtheilen zu sollen, ein miserables Marionettenspiel, dem er nimmermehr seine Zustimmung geben werde. Der präjudizielle Antrag Schmidt's von Löwenberg wird hierauf verworfen, worin zugleich die Ablehnung eines ähnlichen Antrags von Rösler von Oels enthalten ist. Herr Nauwerck und Genossen stellen den eventuellen Antrag, daß die

Bevölkerung des auszuscheidenden Theiles von Posen darüber befragt werde, ob sie nicht ebenfalls dem Deutschen Bundesgebiete einverleibt sein wolle.

Ignaz Döllinger aus München behauptet, bei der gezogenen Abgrenzungslinie habe es sich um die möglichste Schwächung der Polnischen Nationalität gehandelt. Die Wichtigkeit der strategischen Gründe erkenne er an, finde aber auch kein Maß und kein Ziel darin. Die Reorganisation des ganzen Großherzogthums sei zugesagt worden und müsse gehalten werden. Die Einverleibung Posens in das Königreich Preußen sei durch ein großes Unrecht geschehen: man solle sich nun hüten, an die Ostgrenze des Reichs ein unglückliches Irland zu setzen. Der Redner bewährt sich übrigens auf dem politischen Gebiete keineswegs als so bedeutend, wie früher in der Kirchenfrage; er vermag nicht einmal, die Aufmerksamkeit des Hauses in höherem Grade für seine Auseinandersetzung zu fesseln. — Göden von Krotoschin weist darauf hin, wie schon nach der Geschäftsordnung der Antrag von Döllinger, Thinnes &c. nicht mehr zulässig sei, da er schon einmal verworfen worden. Der Redner spricht sich dringend für die jetzt gezogene Linie aus, damit der Zwietracht in seiner Heimath, der bereits 10 Monate andauernden Unsicherheit aller Zustände endlich ein Ziel gesetzt werde. — Venedey ist durch den Bericht des völkerrechtlichen Ausschusses von Schamgefühl erfüllt. In diesem Sinne spricht er. — Plötzliches Schweigen lagert sich über die Versammlung: v. Radowitz betritt die Tribüne. Er erinnert an den Beschluß vom 27. Juli: jetzt und nie könne die Rede davon sein, irgend einen Punkt der damals in den Reichsverband aufgenommenen Bestandtheile zum Gegenstand einer Erörterung zu machen. Lissa und Czerniejewo gehörten zu Deutschland, wie Landau a. d. Isar und Homburg, und er hoffe, sie werden ferner ihre Nationalität zu erhalten wissen. Ueberhaupt könne die sogenannte Posensche Frage gar nicht mehr in diese Erörterung gezogen werden. Das auch ihm keineswegs fremde Mitgefühl für die tragische Geschichte des Polnischen Volkes entbinde ihn nicht von der höchsten Pflicht, der gegen das Vaterland. Die andere Frage, ob die von der Aufnahme früher ausgeschlossenen Theile ebenfalls zu Deutschland zu ziehen seien, gehöre nicht hieher; weder von den Betheiligten, noch von den Regierungen liege ein darauf bezüglicher Antrag vor. Der Redner geht nun näher ein auf den letzten Theil des Berichts, den ihn selbst am meisten berührenden militärisch-politischen Gesichtspunkt, wobei er ersucht, die Karte zur Hand zu nehmen. Die strategischen Entwickelungen, die er danach vor Augen legt, rechtfertigen die vom Reichskommissair gezogene Linie als eine solche, wie sie gebieterisch gefordert werde für die Vertheidigung Deutschlands. „Daher stimme ich für den Antrag.“ (Beifall.)

Rösler von Oels, der gleich Schmidt die Karte für nicht ausreichend hält, will in Erwartung besserer Vorlagen den Uebergang zur motivirten Tagesordnung. — Wurm von Hamburg betrachtet die Frage von dem politischen Standpunkte nicht des Rechtes, sondern der Gewalt, des durch die Nothwendigkeit gebotenen Machtspruches, ohne dadurch die Wiederherstellung Polens in das Reich der Träume verweisen zu wollen. Bei der Beurtheilung der Abgrenzungslinie sei vor Allem Rücksicht darauf zu nehmen, daß ein Landgebiet als Polen, als ein vollberechtigtes Polen hingestellt werden und diese Linie wohl dereinst die Grenzlinie des Deutschen Reiches werden könne. Man möge Preußen stärken, es so unabhängig wie möglich von Rußland machen. Preußens Stärke sei Deutschlands Stärke. Man möge es so stark machen, daß es eines Tages auch gerecht werden könne — gegen Polen. (Beifall.)

Wiesner von Wien gefällt sich in allerhand Schmähungen auf sein Deutsches Vaterland, so sagt er u. A., wie die Deutschen in Posen zu ihrem Grungbesitze gelangt seien, darüber gebe das schwarze Buch von Hans v. Held Auskunft. Wenn Deutschland solche Kolonisten sende, so werde sich die Welt vor ihm hüten. Er erklärt sich schließlich für Wigards Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Wuttke aus Leipzig bezeichnet es als eine undeutsche und schmähliche Gesinnung, die das Unerhörte wage in einem Deutschen Parlamente, das Mißliche und Schlechte des eigenen Volkes hervorzukehren, um daraus Anklagepunkte gegen sich selbst und Hilfsmittel für den Feind zu bilden. Denn feindlich habe sich Polen von je gegen Deutschland benommen. Nachdem der Redner dann die Lage der Sachen betrachtet und in ihr nur die dringendsten Gründe gefunden hat, daß durch einen Beschluß die Deutsch-Polnische Frage endgültig entschieden werde, hofft er, niemals wieder eine ähnliche Sprache, wie die von ihm gerügte, in diesem Hause zu vernehmen.

Da hierauf der Schluß der Debatte beliebt wird, so ergreift noch einmal der Berichterstatter, Schubert, das Wort und bringt durch seinen Vortrag, worin er das ganze Ergebniß der heutigen Debatte zusammenfaßt und die wider die Genehmigung der vorgeschlagenen Abgrenzungslinie geäußerten Bedenken sowohl, als die der Deutschen Nationalität in Bezug auf Polen gemachten Vorwürfe widerlegt, eine nachdrückliche Wirkung hervor. Dann erfolgt die Abstimmung — nachdem der Antrag des Herrn Wigard und Genossen auf Tagesordnung abgelehnt und der von Nauwerk gestellte eventuelle Antrag zurückgezogen worden ist — durch Namensaufruf darüber, daß die Nationalversammlung, dem Ausschußerachten gemäß,

„die vorbehaltene Genehmigung zu der in Auftrag der provisorischen Centralgewalt vom Reichskommissair von Schäffer-Bernstein festgestellten Demarkationslinie auf Grund des Beschlusses vom 27. Juli v. J. ertheile.“

Dies wird von 280 bejahenden gegen 124 verneinende Stimmen angenommen. Alle Zusätze dazu werden abgelehnt.

Wien, den 5ten Februar. Die Attentate auf das Militair wollen kein Ende nehmen. Abermals ist heute Nacht auf einen Grenadier geschossen worden, und diesmal traf der Schuß so gut, daß der Mann sogleich todt niederfiel. — Gestern wurden aus dem Theater zwei Individuen wegen aufreizender Reden festgenommen. — Es bestätigt, daß Baron Bayer (Rupertus), den man bisher in der Ungarischen Festung Leopoldstadt eingeschlossen glaubte, über München und Stuttgart nach Paris gereist ist. — Die hier anwesenden Minister arbeiten buchstäblich Tag und Nacht, insbesondere der unermüdliche Justizminister Bach. — Die Finanzwache an der Galliz.-Ungar. Grenze hat einen bedeutenden Fang gemacht, indem sie eine Kasse mit 80,000 Fl. Silber und 10,000 Dukaten in Gold erbeutete. Diese Gelder waren zur Unterstützung der Rebellion bestimmt. — Der Entschluß, mehrere Reichstagsmitglieder in Anklagestand zu versetzen, steht beim Ministerium fest, und wie man versichert, ist man mit der Voruntersuchung, zu welcher ein ehemaliger höherer Offizier der Nationalgarde wichtige Aufschlüsse gegeben haben soll, bereits zu Ende gekommen. Die öffentliche Stimme nennt hierbei die Abgg. Sierakowski, Scherzer und Violand. Man zweifelt jedoch, daß die Kammer zu einer solchen Untersuchung vor dem Schlusse des Reichstags ihre Zustimmung geben werde. — In allen Vorstädten sind Hausdurchsuchungen nach Waffen eingetreten, wobei mit großer Strenge verfahren wird und Schränke, selbst Betten, durchsucht werden. — Die Gefangenen aus der Festung Leopoldstadt, 1185 Mann mit 46 Offizieren, sind mittelst Eisenbahn so eben hier angelangt. 300 Mann von Ceccopieri Infanterie, sämmtlich Italiener, welche als Ueberläufer in der Festung waren, verweigerten jede Capitulation und verstümmelten dann die Honveds im Handgemenge. — Graf Franz Zichy ist zum K. Kommissar für Preßburg ernannt worden.

Wien, den 7. Febr. Bei dem Mangel an erheblichen Neuigkeiten treten die neuesten, hier und in Pesth kriegsrechtlich gefällten Urtheile mehr noch als sonst der Fall gewesen, im Tagesinteresse hervor. — In Pesth ist der Benediktiner-Priester Gregor Czuczor, weil er in einem Gedichte unter dem Titel „Riado“ (zum Aufbruch) die Magyaren zum Widerstande gegen den König und die K. K. Truppen aufgereizt hatte, zu 6jähr. Festungsarrest in Eisen verurtheilt worden. — Bedeutende Unruhen waren in voriger Woche in Gran ausgebrochen. Ungeachtet der von Stadt und Comitat schriftlich geleisteten Huldigung wurden alle Plakate, die ausgesteckten Fahnen und der Kais. Adler von der Post herabgerissen und aufreizende Maueranschläge angeheftet. Auf den Oberstuhlrichter Koller wurde geschossen und der Geschworne Birò gefangen genommen, weil diese Beiden die Kaiserl. Proklamationen veröffentlichten. Man erfährt nun, daß die Bewegung vollkommen unterdrückt ist. Das Comitat hat seine Unterwerfung durch eine besondere Deputation an den Fürsten Windischgrätz erneuert.

— In Istrien, wo Sprache und Sitte vorzugsweise Italienisch sind, sträubt man sich sehr gegen das Vorhaben, diese Provinz Kroatien einzuverleiben, und es sind darüber Reklamationen ergangen und veröffentlicht worden. — Das Ministerium dürfte der Idee, ganz Ungarn als erobertes Land zu betrachten, schwerlich Eingang verstatten und namentlich dem rein Magyarischen Stamme die althergebrachten Rechte nicht vorenthalten, während die im Verlaufe neuerer und neuester Zeit hinzugekommenen Deutsch und Slavisch sprechenden Landestheile nach deren eigenem Wunsche ausgeschieden würden.

— Die Ost-D. Post vom 7. Febr. meldet: Gerüchte aller Art circuliren über die Erklärung Oesterreichs in der Deutschen Frage. Die Einen wollen wissen, die Note, die Herr v. Würth mitgenommen haben soll, laute ganz geharnischt. Die andern, sie laute ganz resignirend, denn Oesterreich werde sich auf das völkerrechtliche Bündniß beschränken und seine Deputirten zurückrufen. Mit mehr Bestimmtheit als diese beiden Versionen, wird uns versichert, daß das Ministerium auf den Text seines ersten Programms vom 27. Nov. zurückgehen wolle. Die Konfusion über unser Verhältniß zu Deutschland wird mit jedem Tage größer, und im Publikum herrscht eine Gleichgiltigkeit über diese Frage, als ob Wien in Japan läge.

Ausland.

Großbritanien und Irland.

London, den 5. Februar. Der Minister des Auswärtigen hat an die Zollbehörden die Anzeige ergehen lassen, daß die Regierung Schleswig-Holsteinsche Schiffe lediglich in ihrer Eigenschaft als Dänische anerkenne, da kein Staatsvertrag mit jenen Herzogthümern, sondern ausschließlich und allein mit Dänemark bestehe.

— Eine neue Post aus den Ver. St. ist angekommen. Sie hat Nachrichten aus Newyork bis zum 24., aus Halifax bis zum 27. v. M. überbracht. Die Vorgänge im Congreß sind unerheblich. Die Goldmanie in Californien dauert fort, und aus den Häfen Peru's und des stillen Meeres fand eine große Auswanderung dahin Statt. Im Senat zu Washington beantragte Hr. Douglas, Californien vom 4. Juli d. J. ab als Bundesstaat zuzulassen und daß die dort bestehende Regierung eine Versammlung des Volkes zur Bildung einer Staatsregierung und Verfassung zu berufen habe. — Hr. Calhoun erkrankte am 19. in einer Senatssitzung. — Die Cholera hatte in Neworleans aufgehört und das Geschäft sich demgemäß wieder erholt. — Das Canadische Parlament war eröffnet und dabei in der Eröffnungsrede des Gouverneurs angezeigt worden, daß die Königin Alle, in die Aufstände von 1837 und 38 noch verwickelten Personen begnadigen werde. Ferner zeigt er an, daß das Reichsparlament die dem Gebrauche der Französischen Sprache bisher aufgelegten Beschränkungen aufgehoben habe. Unter anderen Gegenständen von örtlichem Interesse gab er auch Auskunft über die beabsichtigte Anlage einer Eisenbahn von Quebec nach Halifax.

— Man kann gegenwärtig vier Parteien im Parlamente annehmen: die Partei der reinen Whigs, die dem Ministerium völlig ergeben ist; die Partei, welche man die konservative nennen kann, und welche aus den alten Tories, den Protektionisten und den Konservativen aller übrigen Nüancen besteht; die Partei des Sir R. Peel; die neue Reformpartei, an deren Spitze die Herren Cobden, M'Gregor, Hume, Bright u. A. stehen. Zwischen dieser letzteren und den vereinigten konservativen Parteien wird sich der parlamentarische Kampf besonders entspinnen.

Spanien.

Madrid, den 30. Jan. Als Beweis für die freundschaftlichen Verhältnisse, welche zwischen Frankreich und Spanien bestehen, kann die Verfügung dienen, welche der Unterpräfekt von Bayonne unter dem 23. d. in Bezug auf die Spanischen Flüchtlinge erlassen hat. Es wird darin bestimmt, daß die sämmtlichen Span. Flüchtlinge, welche, mit oder ohne Bewilligung, sich in dem Bezirk von Bayonne aufhalten, sich in drei Tagen nach dem Erlaß der Verfügung in der Unter-Präfektur einfinden müssen, wo sie die Päffe nach der Hauptstadt des Departements empfangen werden. Als Flüchtling wird jeder Spanier angesehen, welcher sich in dem Bezirk von Bayonne aufhält, ohne seinen Paß von dem Consul seiner Nation visirt zu haben. Im Fall die Span. Flüchtlinge, welche keine Bewilligung zur Verlängerung ihres Aufenthalts in Bayonne haben, dieser Verfügung nicht nachkommen sollten, werden sie von der Gendarmerie nach Pau gebracht werden, und sind die Polizei-Commissarien, die Gendarmerie u. s. w. für die pünktliche Vollstreckung dieser Bestimmung verantwortlich.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 29. Jan. In Kutaïs in Transkaukasien hat man Orangen- und Citronenbäume gepflanzt, und dies ist so glücklich gelungen, daß man hofft, sie dort zu acclimatisiren.

!! Kalisch, den 7. Februar. Eine Verordnung des Gubernialpräsidenten verbietet den Gutsbesitzern, Amtleuten &c., das Tragen der Knute auf dem Felde, und das Schlagen der Untergebenen auf dem Felde. — Es ist leicht erklärlich, daß diese Verordnung ungemeines Aufsehen erregt, und mit Freuden begrüßt worden ist. — Sonst ist nichts Erhebliches vorgefallen. — Die Winterfreuden haben ihr Ende durch das Thauwetter erreicht, und über die Ereignisse im Auslande hört man hier kein Urtheil. — Deutschland macht ab und zu in den Zeitungen Epoche, doch finden wir nirgends einen feindlichen Geist gegen dasselbe, obgleich die Deutschen Zeitungen unseres Nachbarstaates dies als authentisch geben. — Es ist dies wieder ein Beweis davon, wie unklar man in fremden Ländern von unseren Zuständen und unserer Politik unterrichtet ist.

Schweiz.

In Neuenburg ist durch die energischen Maßregeln der Regierung die Ruhe wieder hergestellt, die gleichzeitig an mehren Punkten des Kantons, und deßhalb wohl nicht ohne vorhergegangene Verabredung, gestört wurde; es ist begreiflich, daß die erbitterte radikale Partei die härtesten Maßregeln gegen die Besiegten verlangt; die Art und Weise, wie die Royalisten sich früher an ihren politischen Gegnern, namentlich im Jahre 1831, zu rächen pflegten, konnte keine anderen Früchte tragen; — man verlangt also, daß die aufrührerischen Gemeinden vollständig entwaffnet, und auf ihre eigenen Kosten militairisch besetzt werden. Am größten ist die Erbitterung in Locle; nicht allein sind daselbst die meisten Verhaftungen vorgenommen, sondern der Präfect daselbst hat auch eine Proklamation erlassen, die, wenn nicht eine Mystifikation dahintersteckt, an Lächerlichkeit ihres Gleichen sucht; — unter den Quellen der letzten Ruhestörungen wird als eine der hervorragendsten derselben das Tragen von Adlern, von Preußischen Farben, schwarz und weißen Schnüren und dergleichen bezeichnet, — lauter Gegenstände, höchst geeignet, um Zank und Hader zu stiften; — ganz besonders aber werden die wachstuchenen Mützen der öffentlichen Verachtung preisgegeben, nicht als wenn solche an sich verächtlich wären, sondern weil sie schon mehrmals Tumulte und Schlägereien hervorgerufen. — Ganz die Wiederholung der Freischärlerkappen-Verfolgung in Luzern während der Freischaarenzüge, nur daß man dort wenigstens so viel guten Geschmack besaß, die Sachen brevi manu abzumachen, statt dieselben offiziell an die große Glocke zu hängen.

Italien.

Rom, 28. Jan. Heute sind unter dem Donner der Geschütze und dem Geläute der Glocken vom Kapitol herab die Namen der von der Hauptstadt gewählten Deputirten verkündet worden. Unter den Gewählten befindet sich auch der Prinz von Canino. Aus den Provinzen gehen fortwährend gute Berichte ein. — Laut der „Constituente“ hatte General Latour in Bologna vom Papst ein Handschreiben erhalten, worin er aufgefordert wurde, die Schweizer zu ihm zu führen. Bologna war darüber in Aufruhr. Alles lief zu den Waffen, um den Abzug der Schweizer zu verhindern. Die übrigen Städte der Romagna wollten sich ebenfalls dem Abmarsch der Schweizer widersetzen. Am 29. Januar, Mittags, erwartete man in Bologna den Angriff. Auf die Vorstellungen der Consuln Englands und Frankreichs soll Latour den Abzug hinausgeschoben haben. Eine neuere Correspondenz der Constituente versichert, Latour habe sein Ehrenwort gegeben, nicht abzuziehen.

Turin, 30. Jan. Ehe Karl Albert nach Alessandria abgegangen ist, sein Heer zu inspiziren, hat er auf den Antrag seines Ministeriums eine wahrhaft überraschende Verringerung seines Hofhaltes vorgenommen. Sein Hof (la casa del Re) wird künftig nur bestehen aus dem Vorsteher des Palastes, dem Generalintendanten der Civilliste, dem Oberalmosenier und sechs Unteralmoseniers, einem ersten Adjutanten, acht Feldadjutanten und acht Ordonnanzbeamten. Auf einen ähnlichen Fuß ist der Hofhalt der Königin, der Prinzen und Prinzessinnen gestellt.

— Der Preußische Gesandte, v. Usedom, ist in Gaeta angekommen. — Die römische Regierung hat Civitavecchia mit 200 Kanonen, darunter 8 à la Paixhans, besetzen und mit Munition wohl versehen lassen. Die Artillerie stellt fast täglich Schießübungen an. Der Major Sarrori geht nach Paris, um dort auf Kosten der Regierung Flinten anzukaufen. — Mit den Ergebnissen der Wahlen zeigt man

sich durchweg zufrieden. Zwar haben sich die Prolegaten von Ferrara, Ravenna und Ancona geflüchtet, obwohl sie sonst zu den Liberalen gehören, allein darauf ist keine Rücksicht genommen worden. Der Bischof v. Sinigaglia machte Schwierigkeiten, aber auch diese wurden beseitigt. Von den Bischöfen haben sich nur zwei, die von Terracina und Ricii, bei der Constituante betheiligt und von Letzterm behauptet die Gegenpartei, daß er unzurechnungsfähig wäre. — Eine Zeitung behauptet, daß der viel besprochene Beschluß der Republik San Marino wegen Einführung des Französischen Revolutions-Kalenders und Beschickung der Italienischen Constituante unecht und untergeschoben sei. — Der Pensiere Italieno enthält folgende abenteuerliche Mittheilung: „Robert Blum wird gerächt. Eine geheime Gesellschaft ist gebildet, die Thatsache ist sicher, obgleich die Mitglieder nicht bekannt sind. Die heilige Vehme (santa Vehme) wird unter dem Namen „Todesverein" wiederhergestellt. Alle Mitglieder schwören vor der Zulassung, mit Todesverachtung die Urtheile des heimlichen Gerichts zu vollstrecken. Staatsmänner sollen gerichtet werden."

Genua, 28. Jan. In einigen Fällen von sehr groben Excessen hat die Bürgergarde es kürzlich gewagt, sehr ernstlich einzuschreiten. Dies war besonders der Fall vor wenigen Tagen, wo ein Haufe müßiger Vetturini zwei Omnibus dicht am Meeresstrande anhielten, die Pferde mit Gewalt ausspannten, den Kutscher vom Bock rissen, während die Passagiere in größter Eile die Flucht ergriffen, denn wie sie es gefürchtet, so warfen die Vetturini diese zwei Omnibus über die steinerne Brustwehr ins Meer. Einigen von dem nahen Stadtthorposten herbeieilenden Bürgergardisten gelang es zwei oder drei jener Verbrecher zu ergreifen und ins Stadtgefängniß im Palazzo Ducale abzuführen. An demselben Abend hatte sich ein zahlreicher Haufe von Schreiern vor dem Palaste eingefunden, welche unter den wüthendsten Drohungen die Freilassung jener Vetturini verlangte. Der Minister Buffa erschien sehr bald an einem offnen Fenster, und lud das Volk ein, sich in Ruhe nach Hause zu begeben oder zu ihm hinaufzukommen, wenn sie ihm etwas vorzrstellen hätten. Darauf verlief sich denn das meiste Volk. Etwa dreißig der Spießgesellen jener drei eingefangenen Vetturini begaben sich jedoch ins Innere des Palastes und verlangten mit dem Minister zu sprechen, welcher sie alle ins Gefängniß sperren ließ und nun ihren Proceß sehr eifrig selbst betreibt, fest entschlossen solche und ähnliche Schandthaten, welche bisher ungestraft hier fast täglich verübt wurden, mit der größten Strenge der Gesetze zu verfolgen. Ein anderer sehr zahlreicher Volksauflauf fand ehegestern Abend vor dem Hauptquartier der Bürgergarde allhier statt. Das Volk verlangte nämlich die Freilassung eines Priesters, der sich durch seine heftigen Reden an öffentlichen Orten die allgemeine Gunst des niedern Haufens zu verschaffen gewußt hat, vor zwei Tagen aber auf Veranlassung seiner Vorn gesetzten als wahnsinnig in das hiesige Irrenhaus eingesperrt worden ist. Das Volk hält ihn durchaus nicht für wahnsinnig, und sieht ie seiner Einsperrung nur einen der zahlreichen Fälle, wo das hiesigr Irrenhaus als Inquisitionskerker oder Bastille dienen muß. Sehbegreiflich wird es dadurch, daß das hiesige Irrenhaus, obgleich ungemein groß, doch stets sehr voll ist. Viele Reisende haben daraus folgern wollen, daß die Genuesen mehr als andere Italiener zur Tollheit geneigt seien; dies ist aber durchaus nicht der Fall; sondern vielmehr das Gegentheil. Der Genuese ist nur einer Leidenschaft bis zum Wahnsinn unterworfen: diese ist der Speculationsgeist. In allen andern Leidenschaften weiß er sich besser als andere Italiener zu beherrschen. Der Auflauf wegen jenes Priesters, so drohend er auch anfangs schien, wurde jedoch nach mehreren Stunden durch gute Worte und alle mögliche Versprechen beschwichtigt. (A. Z.)

Amerika.

Nach Berichten aus New-York bis zum 23. Jan. waren die Congreßverhandlungen in den letzten 14 Tagen für das Ausland ohne Interesse. In Bezug auf die Zulassung des Gebiets von Californien als Bundesstaat hatte der Senator Douglas einige Abänderungen seiner dem Congresse vorliegenden Bill beantragt. Hr. Calhoun war am 19. in der Senatssitzung schwer erkrankt. — Das Canadische Parlament hat seine Sitzungen begonnen.

Wochen-Bericht.

Das Deutsche Verfassungswerk nähert sich durch die Berathung über die Gewähr der Reichsverfassung immer mehr seinem Abschluß. Für den Fall eines Regierungswechsels, so wie etwa nöthig werdende Verfassungsänderungen bieten die letzten Beschlüsse der Deutschen Nationalversammlung die der Verfassung nöthigen Bürgschaften. Der neue Kaiser regiert nicht eher, als bis er der Verfassung den Eid geleistet; zu Modifikationen der Reichsverfassung ist die Zustimmung beider Häuser und des Kaisers, sowie in jenen bei zweimaliger Lesung eine Stimmenmehrheit von $\frac{2}{3}$ erforderlich. Auch ist dafür gesorgt, daß Verfassungsänderungen in den Einzelnstaaten nicht einen Widerspruch mit der Reichsverfassung herbeiführen; namentlich bedarf jeder Wechsel der Regierungsform in diesen der Genehmigung der Reichsgewalt. Für etwa nöthig werdende zeitweise Aufhebung einzelner Punkte der Grundrechte in gefahrvollen Zeitpunkten, die an und für sich für nöthig erkannt ist, sind genauere Bestimmungen getroffen, welche nicht nur einer derartigen Machtvollkommenheit des Ministeriums die nöthigen Schranken setzen, sondern auch die Preßfreiheit unter allen Umständen gewährleisten. — Außer diesen wichtigen Beschlüssen hat uns die letzte Woche die definitive Genehmigung der Posener Demarkationslinie durch die Reichsversammlung gebracht.

In den Deutschen Einzelstaaten hat sich auch in der letzten Vergangenheit die Macht offenbart, welche der Gedanke einer Deutschen Einheit auf unser Volk ausübt. Die von der Hessen-Darmstädter Kammer zu Gunsten Preußens trotz Zitz und seiner Freunde abgegebene Erklärung, die aus Waldeck und den beiden Schwarzburg eingegangenen Erklärungen gleichen Inhalts, die in Baiern gegen die Thronrede und für die unbedingte, augenblickliche Durchführung der Grundrechte immer lauter werdende Volksstimme, die auch in den Kammern den Sieg zu erringen scheint, sind deutliche Belege dafür. Auch in Gotha sind die reichsgesetzlichen Grundrechte als integrirender Bestandtheil der Landesverfassung anerkannt, aber auch noch erweitert worden, indem ihnen namentlich die Aufhebung des Adels und der Orden hinzugefügt ist — Maßregeln, die bei der Gothaischen Landesregierung durchaus keinen Widerstand gefunden haben. —

Dies erste Auftreten der Kammern in Baiern läßt eine starke Opposition der Volksvertreter gegen die Regierung voraussehen. Die von manchen sogar Abel zugeschriebene Thronrede hat einen sehr übeln Eindruck gemacht. — Die Antwortsadresse wird wahrscheinlich außer der verlangten unbedingten Unterordnung unter die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung auch in Bezug auf Gemeindeordnung, Civilliste u. a. eine sehr energische Sprache gegen die Krone führen.

Eine durchaus unpatriotische Haltung behaupten die Sächsischen Kammern. In Voraussicht der auf Anlaß der Preußischen Cirkularnote auch von der Sächsischen Regierung abzugebenden Erklärung verlangt der Tzschirnersche Antrag, die Regierung solle sich im Sinne der Kammern, d. h. also gegen Preußen aussprechen. Diesem von der zweiten Kammer angenommenen Vorschlage widerstrebte die erste eine Zeit lang; jetzt hat sie sich ihm aber ebenfalls einstimmig anbequemt. — Aus dem Lande dagegen sind immer mehr Stimmen für Preußen laut geworden.

Die in Hannover bei der Eröffnung der Kammern gehalene Thronrede erkennt im Allgemeinen die Tendenz der Preußischen Note an, insofern dadurch eine Einigung zwischen Fürsten und Volk in Aussicht gestellt werde; auch versichert der König, für die Wohlfahrt Deutschlands kein Opfer scheuen zu wollen, wenn nur die Lasten des Landes dadurch nicht zu groß werden und seine innere Entwickelung nicht beeinträchtigt wird. — Die Ehrlichkeit dieser Erklärung zu beweisen, wird es Ernst August an der Gelegenheit gewiß nicht fehlen.

In Hessen-Kassel hat sich ein tiefes Zerwürfniß zwischen Volk und Regierung gezeigt, obwohl eine für den Augenblick bedrohliche Differenz zwischen dem Kurfürsten und dem Ministerium wieder ausgeglichen ist. Wie ernstlich aber der Erstere bemüht ist, sich dem Geiste der Gegenwart anzupassen, zeigen die famosen Befehle wegen der in ein kunstvolles W zu zeichnenden Bärte der Offiziere, so wie der im Schlosse zur Nachachtung für alle Militairschneider ausgehängte Sackpaletot.

Auch die Oldenburgische Kammer kam wegen der Civilliste in Conflikt mit dem Großherzog; doch ist der Streit durch einen von jener bereits angenommenen Vermittelungsvorschlag des Ministeriums bereits beseitigt.

Die Schleswig'sche Landesversammlung hat zur Berathung der Preußischen Cirkularnote einen Ausschuß niedergesetzt. Das Volk von Schleswig ist sehr aufgeregt durch die Friedensvorschläge, welche dem Vernehmen nach in Bezug auf den Dänisch-Deutschen Krieg gemacht sind. Wenn wirklich ihr Inhalt ist, daß Schleswig von Holstein getrennt und, während dieß mit Deutschland verbunden wird, einem selbstständigen Kriege mit den Dänen Preis gegeben werden soll, so billigen wir die Weigerung der Centralgewalt, trotz der Geneigtheit des Preußischen Kabinettes darauf einzugehen, unbedingt. Die Landesversammlung hat diese Angelegenheit einem besondern Comité zur Bearbeitung überwiesen und das Volk von Schleswig verlangt mit lauter Stimme als Grundbedingung aller weitern Verhandlungen die Unzertrennbarkeit der Herzogthümer anerkannt. — Die nächste Folge scheint eine Verlängerung des Waffenstillstands werden zu sollen.

In Preußen sind in der vergangenen Woche die Wahlen zur zweiten Kammer beendet. Die bisher bekannt gewordenen Wahlen, obwohl sie eine tiefgreifende Verstimmung des Volks gegen die Regierung an vielen Orten verrathen, berechtigen zu der Hoffnung, daß die Versammlung den von ihr gehegten Erwartungen entsprechen werde. — Als einen entschiedenen Mißgriff des Ministeriums, der auch auf die Berliner Wahlen gewiß Einfluß gehabt hat, müssen wir Rodbertus' Ausweisung aus Berlin bezeichnen, so wie wir dringend wünschen, daß nun endlich dem Belagerungszustand in Berlin ein Ende gemacht werde. — Wenn aber der Generalintendant der Königl. Schauspiele sich schon zu Radomontaden gegen vermeintliche Republikaner seines Ressorts hinreißen läßt, so erscheint uns das als eine wahre Karrikatur. — Andererseits sind die Veröffentlichungen der Merseburger Regierung bedeutsame Dokumente von den Wühlereien der radikalen Partei. —

Die Verhältnisse Oesterreichs sind im höchsten Grade bedenklich. Die politische Gleichstellung der Protestanten mit den Katholiken ist eine halbe Maßregel, so lange der Deutschkatholicismus noch verboten werden kann. — Die vom Reichstage in die Grundgesetze aufgenommene Abschaffung der Todesstrafe können wir nicht als einen Sieg der Humanität betrachten, wenn noch Soldaten zum Spießruthenlaufen verurtheilt werden; an eine Befestigung der Zustände ist nicht zu denken, so lange die Verwaltung sich — nach altem Stiele — durch servile Denunciationen unterstützen läßt und die fortwährend wiederkehrende meuchlerische Ermordung von Soldaten, die Entdeckung verheimlichter Waffendepots u. s. f. deutlich die innere Zerfressenheit und verderbliche Gährung des politischen Lebens bekundet.

Der Ungarische Krieg scheint an den Ufern der Theiß zur Entscheidung kommen zu sollen. An allen andern Punkten ist der Widerstand der Magyaren nur noch ein sehr geringer. In Siebenbürgen sind sie wieder zurückgedrängt, da sie sich auf Hermannsstadt werfen wollten; die Szekler, die übrigens, wo sie sich nur zeigen, kannibalisch hausen, sind von den Türken geschlagen worden. — Im Banat scheint der Kampf nach der Einnahme von Weißkirchen, Alt-Becze u. a., und nach einer für die Magyaren höchst unglücklichen Schlacht bei Werschitz geendigt. Im Westen ist Stuhlweißenburg, nördlich Leopoldstadt von den Oesterreichern genommen. — Aus Galizien werden von den Ungarn Polnische Freischaaren erwartet; noch größere Hoffnungen aber setzen sie auf den Polen Dembiński, der die Oberanführung ihres Heeres übernehmen wird. — In Niederungarn scheint auch die Volksstimmung den Magyaren noch günstig und die hier koncentrirte Macht muß ziemlich bedeutend sein. — Wenn es hieß: Perczel rücke wieder auf Pesth, die Ungarn haben die Theiß überschritten und seien nun durch den ausgetretenen Fluß abgeschnitten, so bedarf dies wohl noch sehr der Bestätigung. Nicht minder apokryphisch ist bis jetzt die Nachricht von der Gefangennahme Kossuths, wie denn auch der neulich berichtete Uebergang Görgegs zu den Oesterreichern eine Erfindung war.

In der Lombardei hat Radetzki Mantua und Cremona besetzt, wahrscheinlich in der Absicht, einen Hauptschlag gegen Venedig zu führen. — Rovigo und Brescia sind bis jetzt die einzigen Städte, welche Deputirte nach Wien gewählt haben.

Toskana leidet an der drückendsten Finanznoth und kann bereits seine Beamten nicht mehr bezahlen; übrigens finden hier die Wahlen für die Italienische Constituante statt und das Ministerium hat im Verein mit dem Piemontesischen gegen jede fremde Intervention zu Gunsten des Papstes intervenirt.

Die Römer bleiben consequent auf der einmal beschrittenen Bahn. Die Wahlen sind überall radikal, und nachdem die vom General Zamboni versuchte Conterrevolution vollständig gescheitert, die Stadt in Belagerungszustand erklärt und jeder Widerstand gegen den factischen Zustand der Dinge mit standrechtlicher Bestrafung bedroht ist, ist an eine Reaktion in Rom zu Gunsten des Papstes kaum zu denken. — Auch das in Gaeta eingelaufene Spanische Geschwader wird darin wenig ändern.

Auch König Ferdinands Thron in Neapel dürfte über kurz oder lang sehr ins Wanken gerathen. Kann sich auf der einen Seite eine unverschämte Polizei die empörendsten Angriffe auf die Preßfreiheit erlauben, so wächst doch auch der Opposition die Kraft; die Truppenaushebungen stoßen im Lande auf entschiedene Weigerung und in Neapel rauchen die Bürger nicht mehr, nur um durch den Ausfall der indirekten Abgaben die Finanzverlegenheiten des Ministeriums zu steigern.

Frankreich erfreut sich keiner beneidenswerthen Lage. Wenn jetzt auch die äußerste Gefahr vorüber sein mag, so hat sich doch eine sehr bedenkliche Perspektive in die völlige Haltlosigkeit seiner gegenwärtigen Zustände eröffnet. Noch ist ein abschließendes Urtheil über den wahren Charakter der Verschwörung, welche die außerordentlichen Maßregeln der letzten Tage hervorrief, kaum möglich. Es scheint allerdings ein im Geheimen weit verbreiteles Complott zur Verwirklichung communistischer Ideen bestanden zu haben und in sofern erklärt sich die Reorganisation der Mobilgarde. Die Nationalversammlung mußte wieder mit Truppen umgeben werden und die in ihrem Schooße herrschende Aufregung hielt der in der sie umwogenden Menge das Gleichgewicht. Denn das kann sich Niemand verhehlen, daß das Ministerium in der Nationalversammlung, wie im Volke nur auf das entschiedenste Mißtrauen stößt; daß es in der That durch sein bisheriges Auftreten den Argwohn eines durchaus antirepublikanischen Strebens gerechtfertigt hat und daß sein bloßes Fortbestehen die weitere Verbreitung legitimistischer, wie communistischer Wühlereien begünstigt. Mehr als einmal war es in diesen Tagen auf dem Punkte, offen mit der Volksvertretung zu zerfallen; durch diese ist es in mehreren wichtigen Punkten desavouirt worden. Schon bei der Bildung des Staatsrathes erlitt es eine Niederlage, indem die Nationalversammlung bestimmte, sämmtliche Mitglieder desselben sollten durch die Nationalversammlung gewählt werden, während das Ministerium einige Stellen selbst zu besetzen gedachte. Hierauf folgte der Beschluß, durch welchen die Dringlichkeit des vom Ministerium zu Schließung der Clubs verlangten Gesetzes nicht anerkannt wurde. Doch wollte der Präsident die Abdankung unter keiner Bedingung zugeben. Von da an ist zwar das Ministerium etwas glücklicher gewesen: Billaults antiministerielles Finanzproject ist (wenn auch nur mit 1 Stimme Majorität) gefallen; der Antrag auf völlige Amnestie der Juniverbrecher ist ganz abgelehnt; über die Anklageakte gegen die Minister wegen des Clubgesetzes ist zur Tagesordnung übergegangen: allein nirgends ist die ministerielle Majorität bedeutend. Wie unsicher man sich in Paris fühlt, zeigt die Heranziehung von 2 Divisionen der Alpenarmee unter Bugeaud; mehr als 200 Personen sind so eben verhaftet. — Im Lande dauern die Agitationen für und wider die Nationalversammlung fort, deren Auflösung denn doch von der Mehrzahl des Volks gewünscht zu werden scheint. — Legitimisten (bes. im Süden) und Montagnards sorgen für fortwährende Gährung im Volke. — Napoleon bleibt trotz der allgemeinen Mißachtung seiner Minister, populär. Jeder Plan einer Intervention in Italien scheint vorerst zu schlummern. —

Der Schweiz machen ihre Finanzen viel zu schaffen; die ehemaligen Sonderbundskantone sind außer Stande, die von ihnen geforderten Kriegskosten zu zahlen. Von den verschiedenen Parteiinteressen treten in diesem Augenblicke besonders das der Schutzzölle (namentlich im Osten) und das des Freihandels (mehr im Westen) hervor. — Eine ziemlich klägliche Contre-Revolution der Preußischen Partei in Neuenburg hat, schnell geendigt, keine andere Folge gehabt, als daß in Neufchatel Niemand mehr Schwarz und Weiß tragen darf. —

In Spanien wird wieder viel mit den Carlisten gefochten; Cabrera ist neulich bei Vich geschlagen und die Baskischen Provinzen nebst Navarra sind in Belagerungszustand erklärt. Auch in anderer Beziehung ist das Land nicht beneidenswerth: als neulich ein Abgeordneter so kühn war, vom Ministerium Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben des verflossenen Jahres zu fordern, reizte er jenes so zum Zorn, daß er nachher noch mit Narvaez ein Duell bestehen mußte.

In England sind die Kammern mit den herkömmlichen Feierlichkeiten am 1. Februar eröffnet; bei der Adreßdebatte hat das Ministerium in beiden Häusern einen vollständigen Sieg über die Opposition erfochten, welche es namentlich wegen des zum Theil schlechten Postamts der Colonien tadeln wollte. — Indeß sind die Englischen Waffen im Pendschab gegen die Shiks thätig gewesen und in Persien soll der Englische Einfluß unbegrenzt sein. In Adelaide aber ist ein Aufstand der Bergleute zum Ausbruch gekommen, eine beachtenswerthe Nachricht für alle diejenigen, welche aus dem Gewirre des revolutionsbewegten Erdtheils zu den fernen Gefilden Australiens wallfahrten wollen, um dort vor der Aufregung eines bewegten politischen Lebens sicher zu sein. —

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Locales.

δ Posen, den 10. Februar. In einer der nächsten Sitzungen des hiesigen Magistrats soll die Stelle eines unbesoldeten Stadtrathes für das Elementarschulwesen besetzt werden. Bei der Wichtigkeit, welche dieser Wahl, obgleich nur eine unbesoldete Stelle zu besetzen ist, beigelegt werden muß, können wir nicht umhin, einen darauf bezüglichen Wunsch auszusprechen, dessen Erfüllung gewiß mit eben so großer Freude von Seiten der Lehrerschaft begrüßt werden würde, als sie auch von sehr wesentlichem Einflusse auf die

Hebung unseres Volksschulwesens sein müßte. Auch ohne den längst geführten Beweis, daß die sicherste Gewähr und Bürgschaft für ein wahrhaft freies Volksleben in dem dazu erforderlichen Bildungsgrade der Massen liegt, und daß der Segen einer freien Verfassung und einer Gemeindeordnung, welche allen Bürgern Stimmrecht und so mit bedeutenden Einfluß sichert, nur gewonnen werden kann, wenn Allen auch die Befähigung zur Theilnahme an den staatsbürgerlichen Rechten inwohnt, — auch ohne diesen Nachweis gebieten schon Pflicht und Gewissen, stets und mit Aufbietung aller Kräfte thatsächlich derer zu gedenken, die da „geistig arm sind, auf daß Allen das Evangelium gepredigt werde." Die Väter unserer Stadt haben es stets bewiesen, wie sehr ihnen die Bildung der Kinder auch der ärmeren Klassen am Herzen liegt, und haben namentlich erst im vorigen Jahre durch Besserstellung eines großen Theiles der Communalschullehrer aufs Neue den Beweis geliefert, welches Interesse sie am Volksschulwesen nehmen. Dennoch befindet sich unser Communalschulwesen noch auf einer äußerst niedrigen Stufe, und es giebt keine zweite Provinzial-Hauptstadt in Preußen, in der es in dieser Hinsicht so schlimm stünde und in der — um nur Eins anzuführen — eine verhältnißmäßig so große Zahl von Kindern (Tausende!) theils ohne allen Unterricht, theils bei so dürftigem Unterricht aufwüchse. Allerdings giebt es auch vielleicht keine zweite, in welcher der Hebung des Communalschulwesens so mächtige Hindernisse entgegenständen, als es gerade hier der Fall ist; aber dessenungeachtet können wir die Meinung nicht unterdrücken, daß selbst nach dem Maßstabe unserer Verhältnisse größere Leistungen und bei Weitem sichtbarere Erfolge zu ermöglichen sein mußten. Sehr viel ist hierbei nun sicher an der Art der Inspection der Schulen gelegen, und es ist für das Gedeihen der letzteren keineswegs gleichgültig, in wessen Hand diese Aufsicht gelegt wird, und welche Augen in die Schulstuben und in die mit der Schule in Wechselwirkung stehenden Verhältnisse sehen. Die bloße Gelehrsamkeit macht noch nicht den umsichtigen Inspector, auch nicht der bloße gute Wille; vielmehr die wo möglich gerade in Schulen dieser Art angeeignete praktische Tüchtigkeit, die in denselben und in dem Umgange mit Lehrern gerade dieser Schulen, mit Eltern gerade dieses Theiles der Bevölkerung gewonnene Erfahrung, verbunden mit einer höheren Auffassung des Wesens und der Verhältnisse der Volksschule und des Geistes der Zeit, erscheinen uns als diejenigen Forderungen, die als unerläßlich nothwendig an denjenigen gestellt werden müssen, welchen man mit dem in Rede stehenden Amte zu betrauen gedenkt, wenn letzteres nicht bloß pro forma besetzt und als das eines „Darüberhinsehers" angesehen werden soll. Je genauer wir aber wissen, daß es Posen nicht an Männern fehlt, deren pädagogischer Ruf rühmlichst bekannt und deren pädagogische Geschicklichkeit von allen hiesigen Lehrern anerkannt ist, die in ihren früheren Verhältnissen dem Volksschulwesen nicht nur sehr nahe gestanden und hinlänglich Gelegenheit gehabt haben, dasselbe aus der nächsten Anschauung kennen zu lernen, sondern auch selbst die Aufsicht über eine große Zahl von Volksschulen geführt haben, die ferner auch hier, obgleich an einer höhern Schulanstalt wirkend, stets ein sehr reges Interesse am Volksleben im Allgemeinen sowohl, als am Volksschulwesen insbesondere genommen haben und fortwährend nehmen, desto dringender fühlen wir uns zu dem Wunsche veranlaßt, daß der Magistrat doch ja nicht den ersten Besten wählen, sondern Nichts unversucht lassen möge, für das betreffende Amt einen Mann zu gewinnen, in welchem sich mit den erforderlichen Eigenschaften auch so viel Liebe zur Volksschule verbindet, daß er, dem Besten des Volkes wahrhaft zu nützen, die dazu nöthigen Opfer an Zeit und Mühe nicht scheut.

Musikalisches.

Zur Freude aller Musikfreunde möge die vorläufige Mittheilung dienen, daß in der nächsten Woche die durch die vorjährigen politischen Ereignisse gestörten Sinfonie-Soireen, die wohl noch in gutem Andenken stehen, wieder ihren Anfang nehmen werden. Durch das neu organisirte Orchester wird es zur Möglichkeit, klassische Musikwerke auf eine würdige Weise zur Aufführung zu bringen; mögen daher die gebotenen Genüsse den Freunden der ernsteren Musik hiermit bestens empfohlen sein, und in einer politisch so bewegten Zeit ihren beruhigenden Einfluß ausüben! —

Marktbericht. Posen, den 9. Februar
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rtlr. 27 Sgr. 9 Pf. bis 2 Rtlr. 6 Sgr. 8 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. 8 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 10 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Posen, den 9. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $12\frac{1}{2}$ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Die Josepha Marianna Cäcilia Fryza, verehelichte von Daleszyńska, hat mit ihrem Ehemanne, dem Landschafts-Secretair Joseph von Daleszyński, in der gerichtlichen Verhandlung vom 29sten April 1845 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Posen, den 29. December 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht;
Abtheil. für Nachlaß- und Vormundschaftssachen.

Nothwendiger Verkauf.
Land- und Stadtgericht zu Gnesen.

Das hierselbst in der Pfarrstraße No 33/15. belegene Grundstück des Gastwirths Franz Dartsch, abgeschätzt auf 5827 Rthlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 15ten März 1849 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Im Auftrage des hiesigen Königlichen Land- und Stadtgerichts werde ich das der Konkursmasse der Handlung „Wittwe Schirach & Comp." gehörige, sehr bedeutende, aus den besten Sorten bestehende Weinlager, und zwar in größeren Quantitäten von einem Anker ab

am 19ten, 20sten, 21sten März, 23sten, 24sten, 25sten April, 21sten, 22sten, 23sten Mai c.,

und in kleineren Quantitäten von einzelnen Flaschen ab

am 22sten, 23sten, 24sten März, 26sten, 27sten, 28sten April, 24sten, 25sten, 26sten Mai c.,

täglich von Vormittags 9 Uhr ab öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkaufen. Der Verkauf erfolgt zuerst in dem der Masse gehörigen Speicher, Schloßstraße No. 171., und dann in dem Keller des Kaufmann Prowe'schen Hauses, Friedrichsstraße No. 14.

Bromberg, den 15. Januar 1849.

Hartung, Justiz-Aktuarius.

Ein unverheiratheter Wirthschafts-Inspektor, der in der Mark die Wirthschaft erlernt, hier in der Provinz mehrere Jahre konditionirt hat, sucht zum 1. April ein Unterkommen. Derselbe ist der polnischen Sprache vollkommen mächtig und kann jede zu verlangende Sicherheit stellen. Adressen mit Angabe der Bedingungen bittet man an den Herrn Rittergutsbesitzer Beuther in Sędziwojewo bei Wreschen zu senden.

Bock-Verkauf.

Unseren geehrten Kunden zeigen wir hierdurch an: daß im Monat Januar c. wiederum ein Transport hiesiger Sprungböcke nach unserm Depot, Jerka bei Schrimm, gesandt ist, und daß dieselben dort zu billigen aber feststehenden Preisen zum Verkauf stehen.

Frankenfelde bei Wriezen a. d. Oder, den 4. Februar 1849.

Königliche Administration der Stammschäferei.

Flinke Colporteure

jedes Alters werden beschäftigt von — C. Heugel — Halbdorf-Straße No. 5.

Amerikanische Früh-Kartoffeln und Getreide-Gattungen.

Von diesen blauroth-marmorirten Früh-Kartoffeln haben wir eine bedeutende Parthie aus Nord-Amerika empfangen. Bekanntlich werden dieselben in unserem Vaterlande seit mehrern Jahren angebaut, gedeihen in jedem Boden, da sie ihrer festen Masse wegen einen viel stärkeren Kälte-Grad als andere Kartoffeln ertragen; sie sind groß, kerngesund, und haben einen überaus angenehmen Geschmack, sind sehr ertragreich und liefern 50 pCt Mehl. Wir verkaufen das Pfd. mit $7\frac{1}{2}$ Sgr., in größern Quantitäten billiger. — Die uns ferner aus Nordamerika zugegangenen Getreidegattungen, als: Colossal-Roggen, Glogrem-Weizen, Tarea-Gerste und Riesen-Hafer erlassen wir ebenfalls das Pfund mit $7\frac{1}{2}$ Sgr., bei Quantitäten billiger. Indem wir uns aller Lobeserhebungen enthalten, sind wir überzeugt, daß jeder, auch der geringste Versuch jedwede Erwartung vollkommen rechtfertigen wird. — Es bittet um geneigte Aufträge, unter Versicherung der promptesten Ausführung

das neue landwirthschaftliche National-Industrie-Comptoir in Berlin, neue Friedrichsstraße Nro. 69.

Ein ordentlicher und gewandter Bedienter findet gleich oder zum 1sten April d. J. einen guten Dienst. Näheres beim Rechnungsführer Lieutenant Bredow, St. Martin No. 76.

Markt No. 99. im ersten Stock ist das seit geraumer Zeit zum Rauchwaaren-Geschäft benutzte Lokal, wieder zu einem solchen oder anderen Geschäft zum 1sten April c. zu vermiethen. Näheres daselbst beim Wirth.

Ordensbänder,

assortirt, empfiehlt A. M. Jacobi, Markt 99.

Reisegelegenheit über Hamburg nach Amerika und Australien.

Wir bringen hierdurch zur Kunde, daß wir im Laufe dieses Jahres die großen gekupferten 3mast. Paket-Schiffe des Herrn R. M. Sloman wieder regelmäßig am 1sten und 15ten eines jeden Monats nach New-York, und andere ebenfalls 1ster Klasse stehende Schiffe

am 15ten März, 1sten April, 1sten Oktober, 1sten November nach Australien,

am 1sten und 15ten April, 1sten und 15ten September, 1sten und 15ten Oktober nach New-Orleans,

am 15ten April, 1sten und 15ten Mai, 1sten und 15ten Juni und 1sten Juli nach Quebek,

am 15ten März und 15ten April nach San Francisco in Californien,

mit Passagieren und Gütern expediren werden.

Die Passagepreise werden billigst gestellt, und beliebe man sich deshalb an uns direkt oder an unsern Agenten, Herrn George Treppmacher in Posen, portofrei zu wenden.

Hamburg, im Januar 1849.

Knorr & Janssen.

Stettiner-Bairisch. Seidel 1 Sgr. 3 pf.	**Geschäfts-Eröffnung.**	Frödersdorfer Doppel-Bier Seidel 2 Sgr.
Stettiner Lager-Bier Seidel 1 Sgr.	**E. Busch's Bier-Halle,** Eingang Neustädter Markt Nr. 9. **Alleinige Niederlage ächt Stettiner Biere.**	Englisch Alé Seidel 3 Sgr.
Böhmisch Bier Seidel 1 Sgr.	Hiermit empfehle ich mein auf das bequemste eingerichtete Local mit Versicherung reeller und freundlicher Bedienung.	Porter Seidel 4 Sgr. Punsch. Grog.

Alten Markt Nro. 46. sind trockene kieferne Bretter billig zu verkaufen.

Billiger Verkauf.

Um zum Frühjahr mit einem großen Lager der neuesten Modeerzeugnisse aufwarten zu können, habe ich bei der Inventur einen großen Theil meiner Waaren **bedeutend unter dem Kostenpreise heruntergesetzt**, und beginnt der **Verkauf dieser billigen Artikel**

Montag den 12ten und Dienstag den 13ten **mit bunten Batisten (Jaconets), Muslin-de laines, Barèges u. Foulards,**

Mittwoch den 14ten u. Donnerstag den 15ten mit **wollenen Waaren** und **Mäntelstoffen,**

Freitag den 16ten mit **Möbel-** und **Gardienen-Stoffen,**

Sonntag den 18ten und Montag den 19ten mit **Seidenstoffen, Tüchern und Shawls,**

und werden an gedachten Tagen die aufgeführten Artikel zur Ansicht vorliegen, wozu ich ergebenst einlade.

Posen, den 10. Februar 1849.

Meyer Falk,

Wilhelmsstraße No. 8.

Kräftige Pfund-Bärme (Preßhefe)

erhalte ich täglich frisch fabricirt und bin für jeden Bedarf stets eingerichtet, für den billigen Preis à 6 Sgr. pro Pfd, bei größeren und bestimmteren Abnahmen auch billiger; ich bitte die Herren Konditoreibesitzer und Bäckermeister hier als auch der Umgegend um gefällige Berücksichtigung.

B. Tabulski.
Posen, Breslauerstraße No. 11.

Einem hochgeehrten Publikum erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich am hiesigen Orte ein

Destillationsgeschäft

etablirt habe. Indem ich um geneigten Zuspruch freundlichst bitte, verspreche ich stets reelle und prompte Bedienung.

Posen, den 11. Februar 1849.

C. G. H. Weiß,

Breitestraße No. 20.

Der mir verloren gegangene Niederlagsschein No. CXV. vom 7ten December 1847 wird hierdurch von mir als ungültig erklärt.

Friedrich Kleemann.

Masken-Anzüge
bei
M. Kalischer,

Wasserstraße No. 2.

Bürger-Gesellschaft.

Sonntag, den 11. Febr.: Tanzkränzchen. Anfang 7 Uhr.

Die Restauration in der Klostergasse No. 17.

Bei einer sowohl für mich als auch für meine Gäste befriedigenden Consumtion der beliebten „Flaki" meiner Küche sehe ich mich veranlaßt, den Preis derselben auf 2 Sgr. incl. Semmel herabzusetzen.

Krzysztofowicz.

Zur Einigkeit genannt:

Das alte Lokal und meine Restauration ist bekannt;
Immer mit'm Hut,
Sahn-Flaki, die schmecken gu
Zu jeder Zeit für Geld,
Ist so gesorgt als wie bestellt.
Das **Schild** zeigt an,
Damit Jeder zu mir finden kann.

C. Virtel, Jesuitenstraße No. 8.

Eisenbahn-Hof.

Heute Sonntag den 11. Februar:

Großes Salon-Konzert.

Anfang $3\frac{1}{2}$ Uhr Entree $2\frac{1}{2}$ Sgr.
Ergebenste Einladung Bornhagen.

Du gute Stadt Moschin!
Umsonst ist Dein Bemüh'n.
Drum laß vom Inseriren —
Es wird zum Ziel nicht führen
Dich, gute Stadt Moschin.

Demjenigen Herrn, Schuhmacherstraße No. 3., welcher seit längerer Zeit erfolglos einen Schreiber sucht, wird in Folge seiner scharfsinnigen Aeußerung — „Schreiber laufen wie Hunde auf der Straße umher", der wohlgemeinte Rath ertheilt, sich dieserhalb an den S . . . . richter zu wenden.

Mehrere Schreiber.